

## Inforadar 30

31. Mai 2018

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Die Sommersession läuft bereits. Höchste Zeit also für die erste wasserpolitische Auslegeordnung von 2018, wie immer ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Einen kondensierten [Rückblick auf das wasserpolitische Jahr 2017](#) haben Stefan Vollenweider, Manuel Fisher und ich übrigens im Aqua & Gas vom April publizieren können, aufbauend auf dem Inforadar. Ich danke für Rückmeldungen und wünsche allen einen guten Sommeranfang.

Andri Bryner

ooo

### Der Bundesrat...

- 31.1. / verabschiedet diverse Änderungen der [Chemikalienverordnung und der Biozidprodukteverordnung](#). Die Änderungen treten am 1. März in Kraft.
- 14.2. / beantwortet die Interpellation von Lisa Mazzone (grüne/GE) zu [Kriterien für die Risikoeinstufung von Pflanzenschutzmitteln](#). Es seien primär die Toxizität für die Menschen sowie die Langlebigkeit der Stoffe berücksichtigt worden, schreibt der BR unter anderem. Die Diskussion im Parlament steht noch aus.
- 11.4. / genehmigt die Änderungen im [Verordnungspaket Umwelt Frühling 2018](#), darunter die GSchV, welche fortan höhere Einleittemperaturen zulässt.
- 9.5. / verabschiedet den Bericht über die [Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz](#) und sagt, dass aus gesundheitlicher Sicht kein Handlungsbedarf bestehe. Es ist gleichzeitig die Antwort auf das WBK-Postulat [15.4084](#).
- 9.5. / beantragt Ablehnung der Motion von Balthasar Glättli (grüne/ZH), der ein [Verbot von Mikroplastik in Kosmetika](#) verlangt.
- 16.5. / beantragt Ablehnung der Motion von Karl Vogler (cvp/OW), der ein umfassendes [Monitoring des schwindenden Insektenbestandes](#) in der Schweiz verlangt.
- 23.5. / präsentiert die [Botschaft zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes](#) (es geht primär um den Wasserzins)
- Nachtrag vom 20.12.2017 / verabschiedet das Verhandlungsmandat für den [globalen Umweltfonds](#). Aus diesem werden in Entwicklungs- und Transitionsländern Umweltprojekte finanziert – auch im Wasserbereich.

### Parlament

- 28.2. / Motion von Ulrich Giezendanner (svp/AG) im NR abgelehnt. Er verlangte eine [Befreiung der Lastschiffe von der Mineralölsteuer](#) (Begründung: „Die benutzen keine Strassen“).
- 7.3. / Frage von Claudia Friedl (sp/SG) zum [Auf-/Abstieg der Aale](#). 12.3. Antwort Bundesrat.
- 12.3. / Interpellation Barbara Gysi (sp/SG) zu [gesundheitlichen Folgen von Mikroplastik](#). 9.5. Stellungnahme des Bundesrats.
- 14.3. / Interpellation Arslan Sibel (grüne/BS) zum [Menschenrecht auf Wasser](#) und der Position der Schweiz am Weltwasserforum. 25.4. Stellungnahme des Bundesrats.
- 14.3. / Interpellation Claudia Friedl (sp/SG) [Schaut die Schweiz dem Artensterben tatenlos zu?](#) 9.5. Stellungnahme des Bundesrats.

- 16.3. / Interpellation Nik Gugger (evp/ZH) zum Stand der [Umsetzung des Aktionsplans zur Anpassung an den Klimawandel](#). Aufgrund der Stellungnahme des BR vom 14.2. erledigt.
- 29.3. / Die [parlamentarische Initiative von Joachim Eder](#) (fdp/ZG) kommt nach ihrer (knappen) Befürwortung in der UREK SR bis zum 9.7. in Vernehmlassung. Das Begehren will auch in Gebieten, die in Inventaren von nationaler Bedeutung liegen, Eingriffe zulassen und die Stellung der ENHK abschwächen. Die Umwelt- und Heimatschutzverbände reden von einer „[Aushöhlung des Natur- und Heimatschutzes](#)“ in der Schweiz.

## Verwaltung

- 1.1. / Das Bafu veröffentlicht im Rahmen des Projekts Wasserbau und Ökologie das [Merkblatt Geschiebe- und Habitatsdynamik](#). Die ganze Sammlung besteht nun aus 8 Teilen, an 6 davon haben Eawag-Forschende mitgearbeitet.
- 4.1. / Aus [KTI wird Innosuisse](#). Was das für die Förderung von praxisnahen Forschungsprojekten genau heisst, muss sich noch weisen.
- 30.1. / Das UVEK schickt das Verordnungspaket vom Frühling 2019 in die Ämterkonsultation, darunter die ChemRRV, die europäischem Recht (v.a. Reach) angepasst werden soll. (Dokumente nur intern).
- 4.2. / Die [UBI](#) beisst eine Beschwerde gegen die SRF ab, welche in einem satirischen Radio-Beitrag über die Wasserverschmutzung die [Bauern als "subventionierte Brunnenvergifter"](#) bezeichnet hatte.
- 9.3. / [Agroscope soll neu ausgerichtet](#) und „konzentriert“ (=20% schlanker) werden. Ein Entscheid des Bundesrates ist im Sommer vorgesehen. Die Standortkantone wehren sich gegen den (aus ihrer Sicht) Abbau. Am 18.5. [diskutiert BR Schneider-Ammann](#) die Sparvorlage mit Branchen, Wissenschaft und Kantonen.
- 1.4. / Das Bafu stellt seine Pläne für die kommenden Rechtsänderungen vor (Rechtsetzungsprogramm 2018-2023 im Umweltbereich): Kommentierte [Liste als pdf](#).
- 27.4. / Das Bundesamt für Statistik hat die [Ausgaben zusammengezählt, die im weitesten Sinne für den Umweltschutz](#) anfallen: 2016 waren es 11,4 Milliarden Franken, zwei Drittel davon für die Abwasser- und Abfallwirtschaft. Für die Privathaushalte betragen die Umweltausgaben rund 0.7% der Gesamtausgaben (auch hier mehrheitlich für Abwasser und Abfall).
- 27.4. / Das UVEK schickt [diverse Verordnungsänderungen in die Vernehmlassung](#), darunter Anpassungen der GSchV im Zusammenhang mit der Strategie Micropoll für kleine ARA sowie für die Subvention von Revitalisierungen.
- 1.5. / Das BFE präsentiert die [Wasserkraft-Statistik 2017](#) neu mit einer [interaktiven Karte](#). Anfangs 2018 waren in der Schweiz 650 Wasserkraft-Zentralen mit einer Leistung grösser 300 kW in Betrieb, 7 mehr als 2017. Die maximale mögliche Leistung ab Generator hat gegenüber dem Vorjahr um 545 MW zugenommen.

## Weiteres / Kantone / Ausland

- 8.1. / Im Rahmen der Naturschutztage am Bodensee verlangen Umweltverbände ein Verbot (bzw. keine Zulassung) von [Felchenmast im Bodensee](#).
- 18.1. / Die Schweizer „[Trinkwasserinitiative](#)“ ist eingereicht und mit fast 114'000 gültigen Unterschriften auch zustande gekommen.
- 24.1. / Die Grünen verlangen in Deutschland eine „[radikale Reduktion des Pestizideinsatzes](#)“. Die Beweise würden dichter, dass Pestizide aus der Landwirtschaft für das Insekten- und Vogelsterben verantwortlich seien.

- 26.1. / Der [VSA verabschiedet ein Politikmemorandum](#) (pdf) zu den Themen Pestizideinsatz, Phosphorrückgewinnung und fischereiliche Bewirtschaftung von Seen.
- 30.1. / Die EU möchte eine [Strategie gegen Arzneimittel in der Umwelt](#) entwickeln und startet dazu (vom 22.11.2017 - 21.2.2018) eine breite Vernehmlassung.
- 1.2. / Die EU Kommission will die über 20 Jahre alte [Trinkwasserrichtlinie überarbeiten](#). Sie verlangt sauberes Trinkwasser für alle in Europa, verpasst aber eine echte [Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser](#).
- 13.2. und 26.3. / Im Kantonsrat Zürich ist das [neue Wassergesetz nach wie vor umstritten](#). Es geht u.a. um aufgeschüttetes Land am Zürichsee und um eine mögliche Teilprivatisierung von Wasserversorgungen.
- 22.2. / [Mikroplastik in Kosmetika](#) wird in Schweden verboten. Der Schweizer Kosmetik- und Waschmittelherstellerverband setzt weiter auf freiwillige Lösungen.
- 27.4. / Die Uni Bern stellt eine Studie vor, gemäss welcher viele Schweizer Böden (auch in Auen- und anderen [Schutzgebieten stark mit Mikroplastik belastet](#) sind).
- 11.5. / Die IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) stellt ihren Bericht vor zu [Biodiversität und Ökosystem-Services in Europa und Zentralasien](#). Die Biodiversität nimmt generell stark ab; betroffen sind vor allem Feuchtgebiete (50% Verlust seit 1970); bei den Arten sind vor allem Moose, Fische, Süsswasserschnecken und Amphibien am stärksten betroffen von Verlusten.
- 28.5. / Ein in Frankreich geplantes [Glyphosat-Verbot](#) scheitert im Parlament.
- 31.5. / Die EU büsst Italien wegen [fehlender oder nicht funktionstauglicher Kläranlagen](#).
- 31.5. Die Projektgruppe Verfahrenstechnische [Marktanalyse für die Phosphorrückgewinnung](#) aus dem Abwasserpfad (VTMA) präsentiert ihre Studie. Ein Schritt auf dem Weg zum P-Recycling aus Klärschlamm, das gemäss VVEW bis 2026 installiert sein soll.

Inforadar abonnieren? >>

[https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo\\_inforadar.pdf](https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo_inforadar.pdf)